

Kommunen gegen Kernwaffen

Bernd Lachmann startete in Potsdam-Mittelmark eine Friedensaktion, die Kreise ziel

Die Bundesrepublik stimmte 2016 in der UNO gegen ein weltweites Verbot von Atomwaffen. Der LINKE-Kreisverband Potsdam-Mittelmark startete eine Initiative gegen diese Verweigerungshaltung.

Von Andreas Fritsche

Neben allen bisherigen Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge müsse als neue und wichtigste Aufgabe die Verhinderung eines Krieges gestellt werden. Das liege im Interesse aller Bürger und deshalb dürfe es hier kein Schubladendenken geben nach dem Motto »Dafür sind wir nicht zuständig«. So erklärten die Bensdorfer Gemeindevertreter, warum sie am 10. April eine Resolution »Für eine atomwaffenfreie Welt« verabschiedet haben. In der Begründung der Beschlussvorlage hieß es: »Die Gefahr eines neuen Weltkriegs ist in der aktuellen Weltlage sehr real geworden.«

Zur Gemeinde Bensdorf gehören die Ortsteile Altbensdorf, Neubensdorf, Woltersdorf, Vehlen und Herrenhölzer. Zusammen 1303 Einwohner leben in diesen Dörfern im Landkreis Potsdam-Mittelmark. Die elf Gemeindevertreter gehören bis auf eine Ausnahme zu Freien Bürgern und Bauern sowie zu zwei verschiedenen Wählergruppen. Einzige Vertreterin einer klassischen Partei ist Bärbel Merx (LINKE).

Können diese Kommunalpolitiker verhindern, dass 20 US-amerikanische Atomwaffen auf deutschem Boden modernisiert werden? Können sie etwas dagegen ausrichten, dass Deutschland im November 2016 in der UNO gemeinsam mit den USA, Russland, Frankreich, Großbritannien und Südkorea dagegen stimmte, dass Verhandlungen zu einem weltweiten Atomwaffenverbot aufgenommen werden? Das können sie nicht. Sie können aber wenigstens einen kleinen Beitrag leisten. Das haben sie getan. Auch die Gemeinde Wusterwitz verabschiedete eine solche Resolution und zuletzt zog die Stadt Werder/Havel nach. Dort kam es sogar zu einem einstimmigen Beschluss.

Die Resolutionen sollen dem Städte- und Gemeindebund beziehungs-



Pfarrer Rainer Schmid aus Aalen vor dem rheinland-pfälzischen Fliegerhorst Büchel

weise dem Landkreistag zugeleitet werden. Die sollen sich dann beim Bund für das Anliegen einsetzen, erklärt Bernd Lachmann, stellvertretender LINKE-Kreisvorsitzender in Potsdam-Mittelmark. Er hatte Ende 2016 die Idee zu dieser Friedensaktion und erwarbte einen einstimmigen Beschluss des Kreisparteitags. Zur Friedensaktion gehört auch eine Unterschriftensammlung. 1300 Bürger haben schon unterzeichnet, sagt Lachmann. Vom 20. bis 23. Juli will eine Delegation aus Brandenburg nach Rheinland-Pfalz reisen und vor dem Fliegerhorst Büchel »Flagge zeigen«. In Büchel sind US-amerikanische Atomwaffen stationiert. Die LINKE stellt für die Fahrt ihr Wahlkampfmobile zur Verfügung.

Unter kommunaler Daseinsvorsorge verstehe man gemeinhin Dinge wie den Öffentlichen Personennah-

verkehr oder die Trinkwasserversorgung, weiß Lachmann. Doch wenn Kriege die Infrastruktur zerstören, dann fahren keine Linienbusse und es kommt kein Wasser aus dem Hahn. Teil der Friedensaktion ist es, Bürgermeister zum Eintritt in die Organisation »Mayors for peace« (Bürgermeister für den Frieden) zu bewegen. Bürgermeister von bislang 7196 Städten in 162 Staaten setzen sich in diesem Zusammenschluss für das Ziel ein, bis zum Jahr 2020 eine atomwaffenfreie Welt zu schaffen.

Lachmann wünscht sich, dass Kommunen von Bayern bis zur Nordseeküste bei seiner Initiative mitmachen. Bislang hält sich die Ausdehnung über Potsdam-Mittelmark hinaus aber noch in Grenzen. Immerhin hat die benachbarte Stadt Brandenburg/Havel die Resolution schon angenommen. In diesem Zusammen-

hang wird eine Kuriosität: Oberbürgermeisterin Ingrid Mann (CDU) habe sich nicht zur Abstimmung enthalten, selbst bereits zu den Mitgliedern gehört.

Langsam bewegt sich die Initiative anderswo etwas. Die neue Oberbürgermeisterin Ingrid Mann (CDU) habe sich nicht zur Abstimmung enthalten, selbst bereits zu den Mitgliedern gehört. In Wiesbaden wurde die Resolution bei der Gemeinderatssitzung gesondert auf die Tagesordnung gesetzt. In Wiesbaden hat sich Mann an. *Kommentar S*

dielinke-pm.de/friedensaktion
bernd.lachmann@dielink

nunen gegen Kernwaffen

ann startete in Potsdam-Mittelmark eine Friedensaktion, die Kreise ziehen soll

stimmte 2016
in weltweites
fen. Der LIN-
tsdam-Mittel-
initiative gegen
altung.

Aufgaben der
rsorge müsse
e Aufgabe die
rieges gestellt
Interesse aller
fe es hier kein
en nach dem
nicht zustän-
ensdorfer Ge-
m sie am 10.
Für eine atom-
abschiedet ha-
ung der Be-
: »Die Gefahr
ist in der ak-
real gewor-

sdorf gehören
orf, Neubens-
den und Her-
1303 Einwoh-
fern im Land-
mark. Die elf
ören bis auf
eien Bürgern
zwei verschie-
. Einzige Ver-
nen Partei ist

nunalpolitiker
US-amerikani-
leutschem Bo-
n? Können sie
ichten, dass
nber 2016 in
mit den USA,
Großbritanni-
egen stimmte,
1 einem welt-
erbot aufge-
s können sie
wenigstens ei-
isten. Das ha-
lie Gemeinde
dete eine sol-
letzt zog die
ich. Dort kam
stimmigen Be-

len dem Städ-
l-beziehungs-



Pfarrer Rainer Schmid aus Aalen vor dem rheinland-pfälzischen Fliegerhorst Büchel

Foto: dpa/Thomas Frey

weise dem Landkreistag zugeleitet werden. Die sollen sich dann beim Bund für das Anliegen einsetzen, erklärt Bernd Lachmann, stellvertretender LINKE-Kreisvorsitzender in Potsdam-Mittelmark. Er hatte Ende 2016 die Idee zu dieser Friedensaktion und erwirkte einen einstimmigen Beschluss des Kreisparteitags. Zur Friedensaktion gehört auch eine Unterschriftensammlung. 1300 Bürger haben schon unterzeichnet, sagt Lachmann. Vom 20. bis 23. Juli will eine Delegation aus Brandenburg nach Rheinland-Pfalz reisen und vor dem Fliegerhorst Büchel »Flagge zeigen«. In Büchel sind US-amerikanische Atomwaffen stationiert. Die LINKE stellt für die Fahrt ihr Wahlkampfmobil zur Verfügung.

Unter kommunaler Daseinsvorsorge verstehe man gemeinhin Dinge wie den Öffentlichen Personennah-

verkehr oder die Trinkwasserversorgung, weiß Lachmann. Doch wenn Kriege die Infrastruktur zerstören, dann fahren keine Linienbusse und es kommt kein Wasser aus dem Hahn. Teil der Friedensaktion ist es, Bürgermeister zum Eintritt in die Organisation »Mayors for peace« (Bürgermeister für den Frieden) zu bewegen. Bürgermeister von bislang 7196 Städten in 162 Staaten setzen sich in diesem Zusammenschluss für das Ziel ein, bis zum Jahr 2020 eine atomwaffenfreie Welt zu schaffen.

Lachmann wünscht sich, dass Kommunen von Bayern bis zur Nordseeküste bei seiner Initiative mitmachen. Bislang hält sich die Ausdehnung über Potsdam-Mittelmark hinaus aber noch in Grenzen. Immerhin hat die benachbarte Stadt Brandenburg/Havel die Resolution schon angenommen. In diesem Zusammen-

hang wird eine Kuriosität gemeldet. Oberbürgermeisterin Dietlind Tiemann (CDU) habe sich bei der Abstimmung enthalten, obwohl sie selbst bereits zu den Mayors for peace gehört.

Langsam bewegt sich nun auch anderswo etwas. Die neueste Anfrage sei aus Cottbus gekommen, erzählt Lachmann. Und die LINKE-Bundesvorsitzende Katja Kipping habe ihm versprochen, die Idee mit nach Dresden zu nehmen. Zudem ist Lachmann zu einem Friedensmarsch auf der Insel Rügen eingeladen. Auch in Potsdam-Mittelmark bleibt noch einiges zu tun. In Wiesenburg/Mark werde die Resolution bald auf der Tagesordnung stehen, kündigt Lachmann an. *Kommentar Seite 4*

dielinke-pm.de/friedensaktion, Kontakt: bernd.lachmann@dielinke-pm.de

igen

is Griechenland trotz der Forderungen des IWF
chterungen bekommt

ährungsfonds (IWF), Christine Lagarde,
eite Griechenlands. Die europäischen Gläu-
glichst schnell sagen, wie sie ihm bei seinen
affen wollen, so Lagarde.
r IWF es Athen mit seinem Zaudern, am der-
gramm nun endlich teilzunehmen, bei den
hter macht, und mal abgesehen davon, dass
bei ist, wenn es darum geht, in Griechenland
men durchzusetzen, ist die Forderung nach
: Sache. Doch leider wird es dazu nicht kom-
undestagswahlen im September. Denn Bun-
(CDU) wird von seiner harten Position ge-
weichen. Dies hat er in den vergangenen Jahren
erst recht nicht im Wahlkampf machen.
nister Sigmar Gabriel Schuldenerleichte-
dies erst mal nicht mehr als eine Wahl-
: Und die Haltbarkeit solcher Aussagen ist lei-
agardes Drängen eben folgenlos. Mal wieder.

Dörfer für den Weltfrieden

Andreas Fritsche über eine Aktion aus Westbrandenburg

Wenn sich Gemeindevertreter in die Außenpolitik einmischen, so wirkt dies schnell komisch. Kommunalpolitiker sollten lieber auf Wärmedämmung am Rathaus achten, als etwa Anträge zu stellen, der Bürgermeister solle beim Land darauf hinwirken, dass dieses den Bund auffordert, sich international für den Klimaschutz einzusetzen. Der Weltfrieden ist auf kommunaler Ebene durch freundschaftliche Bande per Städtepartnerschaft sicher wirksamer zu fördern als durch Resolutionen für eine kernwaffenfreie Erde.

Doch was ist zu tun, wenn die Bundesrepublik Verhandlungen über eine atomwaffenfreie Welt ablehnt, für die 123 andere Staaten gestimmt haben? Dann bleibt nur übrig, Druck von unten zu machen. Dabei ist es völlig egal, ob sich die Argumentation mit der kommunalen Daseinsvorsorge eventuell ein bisschen an den Haaren herbeigezogen anhört. Denn Frieden muss man mit weniger Waffen schaffen. Atomsprengköpfe sind Teufelszeug. Ihre angeblich abschreckende Wirkung hat konventionelle Kriege nicht ausgeschlossen. Es ist nur die allerschlimmste Gefahr eines vernichtenden Atomkriegs dazugekommen. Genau darum ist die Friedensaktion von Bernd Lachmann aus Potsdam-Mittelmark richtig und wichtig, zumal sie eine mobilisierende Komponente hat.

IHRE MEINUNG

Schuss in den Ofen

Zu »Viele zahlen nicht für Riester«, 6.6., S. 1

Die Riester-Rente ist ein Schuss in den Ofen, aber leider hält unsere Bundesregierung daran fest! Nicht nur können viele Bürger sich diese private Vorsorge nicht leisten, da sie im unteren Lohnbereich arbeiten, nein, viele müssen ihre private Vorsorge auf Eis legen und so wird auch für sie die Riester-Rente ein Luftschloss! Darum gebe ich Herrn Fabian Lambeck mit seinem Kommentar »Riester-Wahnsinn beenden!« vollkommen recht! Wer wirklich etwas für unsere Bürger machen möchte, der sorgt für ein gerechtes und gesetzliches Rentensystem anstelle der sogenannten Riester-Rente, die sich sowieso viele nicht leisten können!
René Osselmann, Magdeburg

Ein deutliches Zeichen

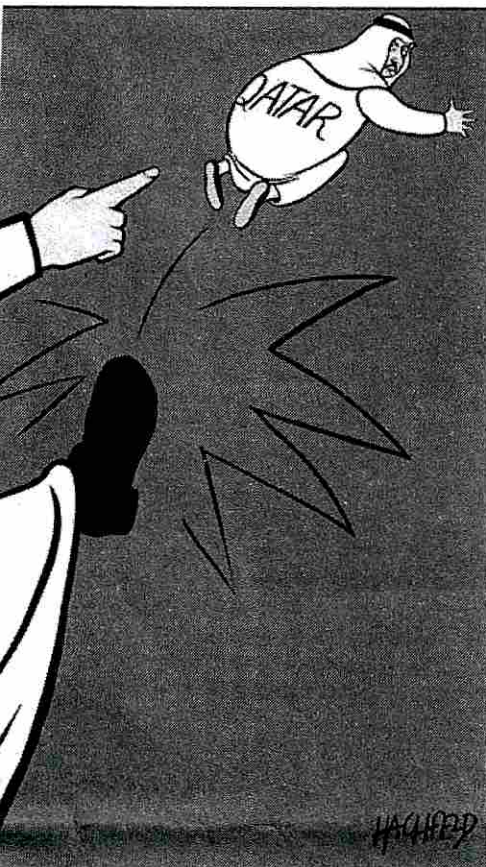
Zu »Eine deutsche Bierzeltrede und die Linke«, 3./4.6., S. 21
Die richtige Antwort auf Trumps Klimaingnoranz wäre: statt der ge-

trieben wird? Man kann nur hoffen, dass viele Amazon-Mitarbeiter diesen Artikel lesen, dann werden sie demnächst mit größter Freude einem Lohnverzicht zustimmen. Denn nicht nur, wer bei Amazon bestellt, nein, auch wer sich von diesem Konzern ausbeuten lässt, investiert in die Raumfahrt.
Thomas Pannicke, Leipzig

Schlechter Wegweiser

Zu »Nicht nur die Herren abschaffen, sondern auch die Knechte«, 3./4.6., S. 18

Bei allem Verständnis für die Überlegungen der beiden Interviewten bleibt festzuhalten, dass Marxismus und individueller Terror sich ausschließen. Beschritten wurde der kurze Weg der Ungeduld mit all den bekannten Folgen. »Die Geschichte der Arbeiterbewegung lehrt, dass Ungeduld der schlechteste Wegweiser im Kampf um den Sozialismus ist, mag auch diese Feststellung von sympathisierenden Einzelgängern als »kühl kalkulierende Orthodoxie« bezeichnet werden«, schrieb einst
Kommunistkollege Friedrich Karl



Zeichnung: Rainer Hachfeld